

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der FWG-Stadtratsfraktion, Herrn Dr. Rainer Metz, zum Haushaltsentwurf 2008

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Lohse,

sehr geehrte Damen und Herren,

Am Beginn meiner Rede zum Haushalt 2008 möchte ich ganz bewusst auf etwas hinweisen, was nicht in Vergessenheit geraten darf:

In § 93 Abs. 3 der GemO steht: „Der Haushalt ist in jedem Jahr auszugleichen.“ Und in Ziff. 3 der Verwaltungsvorschriften (VV) zum § 93 GemO heißt es: „Die Nichtbeachtung der Verpflichtung, den Haushalt jährlich auszugleichen, ist eine Rechtsverletzung.“

Dies bedeutet nicht weniger als die Tatsache, dass der Stadtvorstand seit Bestehen der ihn mehrheitlich tragenden Großen Koalition keinen der Gemeindeordnung entsprechenden Haushalt vorgelegt hat.

Lassen Sie mich noch anfügen, dass nach Abs. 2 des § 93 GemO der Haushaltsplan nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit aufzustellen ist.

Ob gerade das Prinzip der Sparsamkeit auf den vorliegenden Haushalt für 2008 anwendbar ist oder nicht, werde ich in der Folge ebenso versuchen zu hinterfragen wie die Rolle des Landes als Aufsichtsbehörde.

Die Zahlen des heute zur Beschlussfassung vorliegenden Haushalts für 2008 sind hinreichend bekannt. Der Schuldenberg wächst weiter und die Zinslasten daraus sind erdrückend.

Was sind die hauptsächlichen Ursachen unserer Finanzmisere?

Eine Ursache sind die Zahlungen im Rahmen des interkommunalen Finanzausgleichs. Angesichts über 457 Millionen Schulden im Verwaltungshaushalt, ist vollkommen unverständlich, dass im Jahr 2008 über 38 Millionen EUR im Rahmen des interkommunalen Finanzausgleichs bezahlt werden müssen. Auch werden immer wieder Aufgaben durch Bund und Land, wie beispielsweise die Neuerung in der Kinderbetreuung wie die Kindergartensversorgung für unter 2-jährige Kinder ohne entsprechenden Kostenausgleich auf die Stadt übertragen. Ein weiteres gutes Beispiel ist die Einführung der Doppik mit dem nächsten Haushaltsplan. Dies wurde zwingend mit einstimmiger Mehrheit vom Landtag beschlossen. Vor kurzem gab es hier im Ratssaal eine Informationsveranstaltung zur Einführung der Doppik. Nach dem dort Vorgetragenen wird es so sein, dass kein Cent mehr nach Ludwigshafen kommt, aber Millionenkosten ohne jede Erstattung vom Land an der Stadt hängen bleiben. Diese Millionen müssen wiederum auf Kredit finanziert werden. Aufgrund der Informationsveranstaltung bezweifeln wir auch sehr stark, dass durch die Einführung eine bessere Klarheit und Transparenz im Haushalt zu erkennen sein wird. Bei der jetzigen Kameralistik mit den internen Verrechnungen, den Budgets, dem Produkthaushalt und dem Beteiligungsbericht lassen sich nach unserer Meinung alle Daten und Überprüfungen durchführen, die erforderlich und notwendig sind. Interessanterweise haben weder Bund noch die Länder die Doppik eingeführt.

Ganz offensichtlich greifen die bestehenden Regelungen zum Konnexitätsprinzip nicht. Sinnvoll wäre hier das Prinzip der Regionalkammer, die Ministerpräsident Kurt Beck auf Vorschlag der Freien Wähler gegründet hat, verpflichtend zu machen. Die Regionalkammer, die aus Vertretern der Kommunen besteht, müsste bei allen die Gemeinden betreffenden Gesetzen bindend ihre Zustimmung geben.

Die Verantwortung für diese negativen finanziellen Einflüsse aus Mainz und Bonn tragen die großen Parteien von CDU und SPD, die in Mainz und Berlin regieren.

Einen immer größeren Einfluss nimmt auch die Gesetzgebung der Europäischen Union. Es sei nur an die neuen Vorschriften über die Beleuchtung der Fußgängerüberwege erinnert. Ohne jeden städtischen Einfluss wurden neue Lichtstärkerichtwerte beschlossen. Die Kosten für die Umsetzung musste die Stadt tragen, und einige Fußgängerüberwege mussten beseitigt werden. Auch bei der städtischen Daseinsvorsorge in Bezug auf Trinkwasser, Abwasser, Energie, Müllbeseitigung und den öffentlichen Personennahverkehr gibt es unheilvolle Bestrebungen, Zuständigkeit der Städte zu beschneiden. Dies muss auf jeden Fall verhindert werden. Angesichts dieser bürgerfernen Entscheidungen ist es verständlich, dass in der Bevölkerung die Europa-Skepsis wächst.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass die geplanten Gewerbesteuereinnahmen 2008 netto niedriger sind als vor 20 Jahren, also 1988. Obwohl wir jetzt eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs erleben und Bund, Länder und andere Städte erhebliche Mehreinnahmen bei den Steuern verzeichnen, rutscht Ludwigshafen immer tiefer in die Schuldenspirale. Betrachtet man die Gewerbesteuereinnahmen über die Jahre verteilt, zeigt sich immer zu Beginn eines Jahrzehnts ein wirtschaftlich bedingter Rückgang. Kommt dieser wieder ab 2011, dann wird sich die Lage dramatisch weiter verschlechtern.

Als nicht sinnvoll halten wir eine Erhöhung der Gewerbesteuer:

In unserer hoch globalisierten Welt ist die Stadt auf das Wohlwollen der BASF angewiesen. Wir wissen auch, dass die Anilin bilanztechnisch von sich aus entscheidet wie viel Steuer sie bezahlt. Daher kann eine reine Erhöhung der Gewerbesteuer genau das Gegenteil bewirken. Wir wünschen uns aber, dass die Stadtspitze, allen voran Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse auch mit Nachdruck unsere Forderungen vertritt und nicht nur lustig mit dem Vorstandsvize Voscherau das Tanzbein schwingt. Gerade angesichts der andauernden Rekordgewinne und Rekordumsätze, muss es doch auch im Interesse des größten Unternehmens in Ludwigshafen sein, dass eine ausreichende technische und soziale Infrastruktur am größten Standort des Unternehmens vorhanden ist. Das Gleiche muss auch für das gesamte Umland gelten, denn ohne die BASF würde nicht nur Ludwigshafen vor unlösbaren Problemen stehen.

Aber auch der großen Koalition aus SPD und CDU fehlt es am richtigen Sparwillen:

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben CDU und SPD keinen einzigen Sparvorschlag eingebracht. Im Gegenteil sie haben Wünsche für über 760 000 EUR durchgesetzt, die jetzt über bereits erwartete Mehreinnahmen beispielsweise bei den Verwaltungs- und Straßenverkehrsgebühren oder der Erbbauzinsen finanziert werden. Somit wurden bereits einzuplanende Mehreinnahmen nicht zur Reduzierung des Defizits benutzt, sondern für den Konsum ausgegeben. Wir fragen uns, warum hat die Verwaltung – allen voran der Kämmerer – diese Mehreinnahmen nicht bereits in die Vorlage zum Hauptausschuss eingebracht? Gibt es noch mehr solche versteckte Mehreinnahmen?

Wir lehnen die Pfalzbausanierung, die jetzt schon 30 Millionen EUR kostet, in dieser Form ab. Es begann bei 2 Millionen und insgesamt 6 mal erhöhte sich die Summe. Insbesondere die 5 Millionen EUR für die Errichtung eines Kongresszentrums kann sich die Stadt nicht mehr leisten. Die Beseitigung der gesetzlich vorgeschriebenen Brandschutzmängel haben wir unterstützt.

Wir sind gegen die Erneuerung der Technik im Ratsaal für 150.000 EUR. Diese Investition passt ganz einfach nicht zur aktuellen Finanzsituation. Wir sollten dieses Geld – wenn sie es schon nicht zur Schuldenreduzierung verwenden wollen – lieber den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zugute kommen lassen. Hier passt das Wort von CDU-Vordenker Heiner Geißler: „Wir finanzieren alles, nur nicht die Investitionen in die Menschen!“

Auch lehnen wir die Ausgaben für das Benchmarking ab. Für 160.000 EUR soll jetzt geprüft werden, in welchen Bereichen (noch) effektiver gearbeitet werden könnte. Bei den Kosten hierfür stehen wir also erst am Anfang, die genauen Endkosten sind noch unbekannt. Wir hatten ja bereits

entsprechende Untersuchungen von McKinsey für fast 20 Millionen Mark, ein Flop, wie sich herausstellte, oder Silver age. Anscheinend waren diese Untersuchungen doch nicht so erfolgreich, wenn jetzt wieder externer Sachverstand eingefordert wird. Als positive Untersuchung in diesem Bereich ist die Kontrolle des Grünbetriebes beim WBL durch die Firma Rinke Kommunalteam zu nennen. Die Umsetzung war sowohl finanziell als auch für die Mitarbeiter sehr erfolgreich. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, dass die Overheadkosten im Bereich des WBL und der Stadt selbst zu hoch sind. Beim WBL wurde dies sehr erfolgreich geändert, während sich die Overheadkosten, die die Stadt den Werkbetrieben in Rechnung stellt, erhöht haben. Hier liegt mit Sicherheit ein Ansatzpunkt, der ohne 160.000 EUR auszugeben zu erkennen ist. Selbstverständlich kann der WBL wie alle städtischen Ämter nichts für die Overheadkosten der Stadt, die ja einfach in Rechnung gestellt werden. Da die Dezernenten von allen Verwaltungsaufgaben freigestellt sind, sehen wir diese in der Pflicht ihren Bereich mit anderen vergleichbaren Städten zu überprüfen und eventuelle Verbesserungen umzusetzen.

Herr Zeiser hat in seiner Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass uns jedes neue Pflegeheim Geld kostet. Gleichzeitig hat der Bereich Senioren aus dem Dezernat von Herrn van Vliet festgestellt, dass durch die gegenwärtigen Bautätigkeiten in der Stadt ein deutliches Überangebot an Pflegeplätzen entsteht. Bis gegen Ende 2008 werden etwa 500 neue Plätze zu den derzeit rund 1.000 dazu kommen. Gemäß der Einschätzung der Verwaltung ist zu befürchten, dass als Folge des Verdrängungswettbewerbes alle Heime, nicht nur die beiden städtischen, in ihrer Existenz gefährdet werden, also auch die Heime, die im letzten Jahrzehnt von der Stadt mit insgesamt 7,2 Millionen EUR gefördert wurden. Nach der Aussage des Dezernenten würde schon ein Absinken des Belegungsgrades um nur 4 Prozent die städtischen Heime in der Gartenstadt und in Friesenheim in die „roten Zahlen“ treiben. Die Heime reagieren in der Regel darauf mit Personalabbau, was gleichzeitig eine Einbuße von Pflegequalität zur Folge hat. Leidtragende sind am Ende die Bewohnerinnen und Bewohner. Der Trend geht hin zur Betreuung im häuslichen Umfeld. Hier wird in Ludwigshafen eine sehr gute Arbeit geleistet. Wir haben deshalb überhaupt kein Verständnis dafür, dass die Stadtspitze auch noch den Bau von Pflegeheimen unterstützt, so z.B. am Rheinufer Süd, wo das Grundstück der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GAG gehört, statt aktiv gegen zu steuern. Offensichtlich wird am Rheinufer das Pflegeheim nur mangels Alternativen gebaut.

Unbefriedigen ist auch die Situation im Bäderbereich:

In Ludwigshafen gibt es kein Bad mit Sauna oder Wellness und kein kombiniertes Frei- /Hallenbad. Dadurch ist die Betreuung der Bäder absolut unwirtschaftlich. Während der Kreis das Aquabella Spaßbad in Mutterstadt mit einem jährlichen Zuschuss von gut 300.000 EUR betreibt, kostet allein der Betrieb des Südbades die Bürger über 931.000 EUR und bietet den Bürgern erheblich weniger. Jetzt steht die millionenschwere Sanierung des Willersinnbades an. Dieses kostet mindestens 5 Millionen EUR. Ungeklärt scheint der Zuschuss des Landes, da der Dezernent während der Haushaltsberatungen erklärt hat, der Antrag sei auf dem Weg. In Speyer wurde mit Unterstützung des Landes ein Kombibad mit Sauna und Wellness für 14 Millionen EUR errichtet, wovon das Land 4 Millionen EUR bezahlt hat. Der dortige starke Ansturm zeigt wie groß der Bedarf bei den Bürgern ist. Wir fordern daher zu prüfen, ob nicht durch ein solches Bad mit Unterstützung des Landes die Bädersituation in unserer Stadt finanziell und auch im Angebot erheblich verbessert werden könnte. Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass ein Sauna- oder Wellnessangebot allein schon aus wirtschaftlicher Sicht notwendig ist, da nur über die Einnahmen aus der Sauna ein finanzieller Erfolg möglich ist. Der reine Schwimmbadbetrieb ist sehr defizitär.

Wir fordern den städtischen Konzern TWL auch mit weiteren städtische Aufgaben zu betrauen, die zum einen dort durch Synergieeffekte zu Kosteneinsparungen führen, gleichzeitig aber auch die Stadtverwaltung finanziell entlasten.

Die TWL könnte u.a. übernehmen:

- Straßenbeleuchtung
- Müllentsorgung
- Entwässerung
- Fuhrpark
- Bäder

Dies wäre eine spürbare Entlastung des städt. Haushaltes und würde die TWL als dann nicht nur Versorgungs- sondern auch "Entsorgungsunternehmen" am Markt stärken. Diese Tendenz, Versorgung mit Entsorgung zu koppeln, gibt es schon seit Jahren. Die großen Versorger praktizieren dies schon lange. Allein die Zusammenführung des Fuhrparks würde enorme Kosten sparen.

Beim Theater war es eigentlich beschlossene Sache, die Festspiele 2007 ausfallen zu lassen, um damit das von uns aufgedeckte Defizit aus dem Vorjahr auszugleichen. Wer hat eigentlich in Umgehung dieser Beschlusslage die Zuschussanträge beim Land und bei der BASF gestellt? Waren Sie das, Frau Prof. Reifenberg? Für uns stellt sich hier auch die Frage nach der Rolle des Landes sowohl als Gewährsträger als auch als Aufsichtsbehörde. Einerseits werden wegen der hohen Schulden Auflagen gemacht, andererseits gibt diese Landesregierung zu aller Überraschung einen Zuschuss für das schon abgesagte Theaterfestival und „nötigt“ uns praktisch damit zur Co-Finanzierung. Wie geht das überein?

Angesichts von über 1 Milliarde EUR Schulden, die Ende 2011 erwartet werden, muss auch vom Theater erwartet werden, dass kostenbewusst gearbeitet wird. Auch ist die Erhöhung des Theateretats um eine Viertelmillion € mit nichts zu rechtfertigen. Im Gegenteil, man stützt doch damit nur die auch hier schon gelegentlich vertretene These, wonach der Intendant wohl seinen Etat 2006 nur deshalb um 400.000 € überschritten hat, weil wir, der Stadtrat, ihm zu wenig genehmigt hatten. Ein Vergleich der Theaterzuschüsse mit Mannheim und Mainz sticht nicht, weil diese ein festes Ensemble haben, was ungleich höhere Kosten verursacht. Wir waren immer (zurecht) stolz darauf, dass wir auch in Nachbarschaft zu Mannheim dies anders geregelt haben und waren dabei über Jahrzehnte gut gefahren, beginnend mit Dr. Rainer Antoine, der Glanzpunkte im Tanztheaterbereich setzte. In dieser extrem angespannten Haushaltslage verbieten sich derart freizügige Mittel-erhöhungen. Wir produzieren Theaterstücke auf dem Balkan, holen Ensembles aus Russland, der Türkei und Griechenland, die vor 40 und weniger Besucher spielen; wir hatten in den letzten Jahren Veranstaltungen im Theater, z.B. auch beim hoch gelobten Festival, wo wir - wegen geringer Resonanz - pro Besucher über 400 € drauflegen mussten. Intendant Heyme beklagt, dass das Theater zu groß gebaut sei, also zu viele Plätze hätte. Dies nur, weil er das Theater nicht wie früher unter Antoine, Sauser und Hänsel, voll bringt. Dies war doch bisher unser Plus. Aus all diesen Gründen ist es vor dem Hintergrund unserer finanziell desaströsen Situation nicht zu verantworten, noch mehr Geld auszugeben. Dafür hat der weit überwiegende Teil unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger absolut kein Verständnis. Um die finanzielle Situation des Theaters über mehr Einnahmen zu verbessern, haben wir angeregt, dass in der Metropolregion Rhein-Neckar zukünftig eine Theater- Kooperation erfolgt und ein „Rhein-Neckar- Theaterabonnement“ eingerichtet wird. Leider besteht bei den regionalen Theatern bisher der „Metropolgedanke“ nur auf dem Papier, und die Idee wurde abgelehnt. Mit dieser Idee stehen wir nicht alleine da, sondern auch der BASF Vize-Vorstand Voscherau unterstützt diese Position und auch Dr. Michael Denkel empfahl bei einem viel beachteten Vortrag im Bloch Zentrum im Rahmen einer Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses die Spezialisierung der Theater in der Metropol-Region. Auch er hatte kein Verständnis, dass drei Theater sich praktisch Konkurrenz machen.

Im Übrigen werben die Bibliotheken von Ludwigshafen und Mannheim ja aktuell auch mit einer gemeinsamen „Metropol-Card“, die zum Besuch der jeweiligen benachbarten Stadtbibliothek über dem Rhein einlädt, ohne dass sich beide Einrichtungen als direkte Konkurrenten verstehen !

Warum sollte dies nicht auch bei den Theatern der Region funktionieren?

Wir lehnen auch die Förderung des Filmfestival durch die Stadt zum jetzigen Zeitpunkt ab:

Durch das lobenswerte Engagement der BASF (und der Stadtparkasse als Juniorpartner) ist nach Aussagen von Festspielleiter Dr. Kötz (im Kulturausschuss) das Filmfestival kurzfristig finanziell überhaupt nicht gefährdet. Nur für den Fall, so Dr. Kötz im O-Ton, dass sich an der Spitze der BASF etwas ändern würde und damit auch das Sponsoring möglicherweise nicht mehr so stark wäre wie zur Zeit, könnten andere Geldgeber notwendig werden. Warum muss dann die hoch verschuldete Stadt nun mit 100.000 € (= ein Drittel der Gesamtkosten von 300.000 €), die bei rund 900 Mio. € Schulden auch noch über Darlehen finanziert werden müssen, einsteigen??? Natürlich haben wir nichts dagegen, dass das Land sich finanziell beteiligt und wünschen uns eine Fortsetzung des ohne jeden Zweifel sehr erfolgreichen Filmfestivals. Man sollte dabei aber auch die aktuelle Entwicklung beim Filmfestival in Mannheim im Blick behalten, wo gerade eine finanzielle Schieflage eingetreten ist. Mehr Geld sorgt gelegentlich auch für mehr Begehrlichkeiten.

Kein Verständnis haben wir für die Einstellung von 120.000 EUR für die Feier des Stadtjubiläums 2009 und 110.080 EUR für die Ausstellung zum Stadtjubiläum im Hack-Museum. Nachdem bereits 2003 sehr große Feierlichkeiten stattgefunden haben, müssen wir jetzt zeigen, dass die finanziellen Verhältnisse der Stadt keine großen Feiern mehr zulassen. Nur so können wir glaubwürdig gegenüber Bund, Land, BASF und dem Bürger auftreten. Wir schlagen stattdessen vor, dass während des alljährlichen Stadtfestes im kleineren Rahmen, eventuell von der BASF oder Dritten gesponsert, eine „Jubiläumsfeier“ stattfindet.

Beim Hack-Museum schlagen wir vor, dass zukünftig Bilder generell nur noch angekauft werden können, wenn vorher entsprechende Verkaufserlöse aus dem vorhandenen Kunstbestand erzielt werden. Dies wird bereits erfolgreich in Baden-Württemberg praktiziert.

Uns wird gelegentlich vorgehalten, wir seien gegen die Kultur. Dies ist aber nicht der Fall, dies zeigen auch unsere heutigen Anträge. Aufgrund der prekären Haushaltslage fordern wir ganz bewusst sehr wenig.

Das Reichert-Haus, das Domizil des Kunstvereins, ist mit Steuermitteln saniert worden. Jetzt möchte auch der Kunstverein mit einem neuen Programm, das er ja allen Fraktionen vorgestellt hat, dies nutzen und insbesondere gezielt Kinder und Jugendliche ansprechen. Wir sind der Meinung, dass hier für relativ wenig Geld viel geleistet wird, gerade in Anbetracht der Summen, die ins Theater, das Filmfestival oder das Hack-Museum fließen.

Die Kultureinrichtung mit dem größten Zuspruch ist in Ludwigshafen zweifellos die Stadtbibliothek mit ihren Zweigstellen in den Stadtteilen. Daher ist es uns unverständlich, dass sich beispielsweise die Zweigstelle Friesenheim seit längerer Zeit in einem schlechten Zustand befindet. Gerade der Innenboden, die Innenfassade und das Mobiliar sind teilweise dringend sanierungsbedürftig. Es kann einfach nicht sein, dass hauptamtliche und ehrenamtliche Kräfte - trotz mehrfachen Hinweisen an die Stadt - auf Stühlen mit defekten Sitzlehnen sitzen müssen und die dortigen Sanitäreinrichtungen nur noch unzureichend gereinigt werden. Es reicht hier auch nicht aus nur Flickschusterei zu betreiben, da sonst bei den Ehrenamtlichen leicht der Eindruck entsteht, dass die Stadt den Unterhalt der Bibliotheken immer mehr auf die Fördervereine abschieben will bzw. eine schleichende Schließung dieser Einrichtungen plant. Die Außenwirkung ist gerade für die angesprochenen ehrenamtliche Kräfte katastrophal. Wie sollen zukünftig Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zur freiwilligen Mitarbeit motiviert werden, wenn sich die Verantwortlichen der Stadt nicht ihrer Verantwortung gegenüber diesen Personen bewusst sind? Der Förderverein in Friesenheim hat bereits erklärt, dass er für die Malerarbeiten im Innenbereich bis zu 3000 EUR aufbringen kann, deshalb sprechen wir uns dafür aus, dass die Stadt einmalig die finanziellen Mittel zur Sanierung des Fußbodens und Mobiliars in 2008 bereit stellt. Kommen wir nun zu einem ganz anderen wichtigen Thema in unser Stadt:

Angesichts von über 50 Prozent Migranten bei den Neugeborenen in Ludwigshafen wird eine entscheidende Zukunftsfrage die Integration der ausländischen Mitbürger sein. Übereinstimmend sind

alle Experten der Meinung, dass die Sprache der entscheidende Schlüssel für die Integration ist. Ein wichtiger und hervorragender Ansatzpunkt sind die Mütter. Um so überraschter waren wir, als ich für eine nur türkisch sprechende Mutter, die alle Elternabende ihres schulpflichtigen Kindes besucht, kein Flug- oder Informationsblatt in türkischer Sprache mit den Möglichkeiten zur Unterstützung und zum Spracherwerb erhalten konnte. Im Hauptausschuss ist über die Zukunft der Mamma-Kurse diskutiert worden. Sie sind von 22 auf 14 reduziert worden, da bisher 2 Kurse von der LUWOG und 6 über Urban Mittel finanziert wurden. Falls mehr Kurse notwendig sein sollten, hat Oberbürgermeisterin Dr. Lohse angeregt EFRE Mittel anzufordern. Allerdings gibt es anscheinend das Problem, nicht genügend Kursteilnehmerinnen zu finden. Nachdem aus dem Sozialdezernat der Bereich Kindertagesstätten zu einer Stellungnahme aufgefordert wurde, erklärte dieser nur für die Zurverfügungstellung der Räume zuständig zu sein. Wir wünschen uns, dass ein Informationsblatt in deutscher und türkischer Sprache mit den entsprechenden Angeboten in allen Kindergärten und Schulen zur Verfügung steht und damit in Zukunft mehr Mamma-Kurse erfolgreich absolviert werden können.

Gestatten Sie mir zum Schluss eine Einschätzung, die Anlass zu großer Sorge gibt. Wenn der Kämmerer, wie bei der Einbringung des Haushaltes geschehen, einer Konsolidierung in naher Zukunft eine klare Absage erteilt. Wenn er zudem feststellt, dass er auch in absehbarer Zeit von nicht mehr Gewerbesteuererträgen ausgeht und wenn er praktisch ausschließt, dass uns das Land entschuldet, er aber andererseits keine Alternative zu all diesen Punkten hat, dann lässt dies nur einen Schluss zu: Der Kämmerer hat resigniert. Der Kämmerer hat keine Zukunfts-Visionen mehr. Dies kann man allerdings nicht gerade als ein motivierendes Signal im Hinblick auf die Zukunft unserer Stadt bezeichnen. Es erfüllt mich, es erfüllt meine Fraktion mit großer Sorge, mehr noch als dies der aktuellen Situation ohnedies geschuldet ist.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.